

Fraktionsvorsitzender
Jochen Monhof

Friedhofsweg 36
Fon + Fax 02158 – 911 733
47 929 Grefrath

4. September 2007

Presseerklärung

„SPD gegen Gebühren für Sportler“

Die Gemeindeverwaltung Grefrath sieht vor, für Sportstätten und andere Einrichtungen der Gemeinde Nutzungsgebühren, deklariert als Solidaritätsbeitrag der Vereine, zu erheben. Als Begründung müssen vage Hinweise der Gemeindeprüfungsanstalt, vor allem aber Forderungen aus der CDU herhalten. „Mit uns wird es keine Nutzungsgebühren, egal wie man sie nennt, geben!“ erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Monhof die Haltung der Sozialdemokraten.

Fraktionsvize Bernd Bedronka ergänzt: „Die Vereine leisten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit aber auch im Bereich der Seniorenarbeit Beispielhaftes – dafür dürfen sie nicht auch noch bestraft werden!“ Für die SPD ist vor allem diese vorsorgende Kinder- und Jugendarbeit bereits jetzt ein nicht einsparbarer Aktivposten. Durch zahllose ehrenamtliche Tätigkeiten zur Pflege und zum Erhalt der Sportstätten sparen darüber hinaus alle Vereine jetzt schon erhebliche Mittel ein, die ansonsten von der Gemeinde und somit vom Steuerzahler aufzubringen wären.

Monhof und Bedronka haben Verständnis für die Darstellung der Vereine, dass bei einer Gebührenerhebung viele Mitglieder austreten würden und insbesondere passive Mitglieder, die sich als Förderer besonderer Vereinsaktivitäten verstehen, nicht bereit sein werden, ihren Beitrag an die Gemeinde weiterzuleiten. Das heute bereits praktizierte „Sponsoring“ finanziell schlechter gestellter Vereinsmitglieder wäre gefährdet. Die Finanzsituation der Vereine würde sich weiter verschlechtern. Bei einer stärkeren Ausdifferenzierung nach dem Alter oder der Aktivität würden jedoch ein Verwaltungsaufwand geschaffen, der die Einnahmen nicht lohnt.

„Damit ist unseres Erachtens auch eine weitere Beratung überflüssig.“ resümiert Monhof.

Die SPD Fraktion stellt mit Erschrecken fest, welche Einfallslosigkeit zur Sanierung der Gemeindefinanzen an den Tag gelegt wird. Nur Gebührenerhöhungen – die Erhöhung der Anliegergebühren ist gleichfalls vorgesehen – oder die Abschaffung und Streichung sozialer Einrichtungen werden vorgeschlagen und mehrheitlich beschlossen. „Wir erinnern uns genau an den Ausstieg aus dem Bücherbus und die Schließung des Oedter Bades!“ mahnt Bedronka. Die Abschaffung der Zuschüsse für die Schülerbeförderung steht

gleichfalls seit Jahren auf der Wunschliste des Kämmerers. Die tatsächlichen Einsparpotentiale sind jedoch äußerst fragwürdig.

Die SPD fordert daher, über Alternativen nachzudenken und als Gemeinderat mit gutem Beispiel voranzugehen.

„Wir fordern die Verkleinerung des Rates auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestgröße, eine Diskussion über die Zusammenlegung von Ausschüssen und in Folge eine Diskussion über die Zusammenlegung von Ämtern in der Gemeindeverwaltung.“ fasst Monhof zusammen.

Eine Sanierung der Gemeindefinanzen wird mittelfristig nur möglich sein, wenn die Abwanderung von Betrieben verhindert wird und Neuansiedlungen gelingen. Hier ist investives Denken anstelle von „Platt-Sparen“ angesagt. Dazu gehört aber unbedingt die Erhaltung, besser Erhöhung der Attraktivität der „Sport- und Freizeitgemeinde“. Ein Familienbündnis verkommt nach Ansicht der SPD bei gleichzeitigen Gebührenerhöhungen und dem Abbau sozialer Standards gerade für diese Familien gar zur Farce.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Monhof

Bernd Bedronka